

Stephanie Schütze

Politische Kultur(en) und Demokratisierung¹

Der Sieg der Koalition *Alianza por el Cambio* zwischen der rechts-konservativen Oppositionspartei *Partido de Acción Nacional* (PAN) und der ökologischen Partei *Partido Verde Ecologista de México* (PVEM) mit ihrem Kandidaten Vicente Fox Quesada bei den mexikanischen Präsidentschaftswahlen im Juli 2000 markiert eine neue Phase des politischen Transformationsprozesses Mexikos. Die Präsidentschaftswahlen 2000 bedeuteten das Ende der 71-jährigen Herrschaft der Staatspartei *Partido Revolucionario Institucional* (PRI). Nach dem Regierungswechsel (*alternancia*) wurde sowohl in den Medien, als auch von Sozialwissenschaftler/Innen euphorisch vom politischen Wandel (*cambio*) und von der endgültigen Durchsetzung der Demokratie in Mexiko gesprochen. Die institutionellen Transformationen – die Öffnung des Wahlverfahrens, die Einführung des Parteienpluralismus und der Abbau der korporativen staatlichen Strukturen – wurden dabei als Indizien für die Demokratisierung angeführt (Salazar 2001: 38).

Der politisch-kulturellen Seite des mexikanischen Demokratisierungsprozesses, den Veränderungen im Denken und Handeln der sozialen Akteur/Innen, wurde in diesem Zusammenhang weitaus weniger Beachtung geschenkt. Schon in den sechziger Jahren führten Gabriel Almond und Sydney Verba eine komparative empirische Untersuchung zum Thema der politischen Kultur in fünf Ländern (USA, Großbritannien, Deutschland, Mexiko und Italien) durch. Ihren Untersuchungsergebnissen zufolge herrschte in Mexiko eine undemokratische politische Kultur vor, die sich in der passiven Haltung der Bevölkerung zum politischen System äußerte.² In *The Civic*

¹ Der Aufsatz basiert auf Teilergebnissen meiner Dissertation "Die andere Seite der Demokratisierung. Die Veränderungen politischer Kultur aus der Perspektive der sozialen Bewegung der Siedlerinnen von Santo Domingo, Mexiko-Stadt" (Schütze 2004).

² Auf der Grundlage ihrer empirischen Ergebnisse entwickelten Almond und Verba drei Typen von politischer Kultur: die "parochiale", die Untertanenkultur und die partizipative Kultur. Die "parochiale" politische Kultur manifestiert sich in Gesellschaften, in denen die politische Sphäre nicht von der Religion oder der Wirtschaft abgegrenzt ist wie z.B. in Stammesgesellschaften. Die politischen, religiösen und ökonomischen Rollen vermischen sich in diesen Gesellschaften. Die Untertanenkultur entsteht in einem politischen System mit einem ausdifferenzierten Verwaltungsapparat. Die Individuen sind sich der Existenz des politischen Apparates bewusst, ihre politische Einstellung ist jedoch

Culture stellten die Autoren die These auf, dass die wichtigste Vorbedingung für das Entstehen demokratischer Strukturen die Existenz einer politischen Kultur ist, die von der Partizipation der Bürger/Innen geprägt ist. Mit dieser These implizierten sie einen direkten konditionellen Zusammenhang zwischen den Veränderungen politischer Kultur und denen politischer Strukturen (Almond/Verba 1963). Der Wandel von politischer Kultur ist jedoch weitaus komplizierter und widersprüchlicher als sich Almond und Verba vorstellten, wie an der folgenden Kontextualisierung der Diskussion um politische Kultur in Mexiko deutlich wird.

1. Die Debatte um politische Kultur in Mexiko

Trotz der von Almond und Verba international angeregten *Civic Culture*-Debatte wurde das Konzept von "politischer Kultur" in Mexiko lange Zeit auf nationale Identität verkürzt oder gar nicht beachtet. Kulturanalysen wurden – beeinflusst durch die Dependenztheorie – lange Zeit abgelehnt, da sie mit der US-amerikanischen Anthropologie identifiziert wurden. Erst Ende der siebziger Jahre wurde die wissenschaftliche Diskussion um Kulturkonzepte durch eine neue Rezeption der Arbeiten von Antonio Gramsci wieder eingeführt. Gramscis Überlegungen zur kulturellen Hegemonie lenkten das Verständnis von Kultur auf die politische Sphäre und insbesondere auf deren subjektive Seite: die Perspektiven der sozialen Akteur/Innen (Krotz 1996: 13-14).³ Erst Ende der achtziger Jahre griffen vor allem sozialanthropologische und soziologische Arbeiten das Thema verstärkt auf (Alonso 1994: 10-11). Im Umfeld der umstrittenen Präsidentschaftswahlen von 1988, bei denen der Sieg der PRI das erste Mal gefährdet gewesen war, wurden vermehrt Texte zur "politischen Kultur" veröffentlicht. Der Großteil dieser Untersuchungen kreiste um die Konstruktion und Dekonstruktion einer nationalen Kultur Mexikos und um den Zusammenhang von politischer Kultur und Wahlen (Varela 1996: 73-74).

passiv. In der partizipativen politischen Kultur orientieren sich die Individuen aktiv am politischen System. Ihre Einstellung reicht von einer vollständigen Identifizierung mit dem politischen System bis zu einer totalen Ablehnung der bestehenden Ordnung (Almond/Verba 1963: 36-38).

³ Antonio Gramsci setzte sich von den orthodox-marxistischen Erklärungsmustern vom Fortbestand kapitalistischer Verhältnisse ab. Den marxistischen Ökonomismus erweiterte er, indem er die politisch-kulturellen Elemente von Herrschaft ins Visier nahm. Als politisch-kulturelle Hegemonie bezeichnet Gramsci den "*spontanen* Konsens, den die großen Massen der Bevölkerung der von der herrschenden grundlegenden Gruppe geprägten Ausrichtung des gesellschaftlichen Lebens geben" (Gramsci 1991: 1052).

1.1 (De)Konstruktionen von nationaler Kultur

Anders als das Verhältnis von Demokratie und politischer Kultur hat die Diskussion um die ideologische Bindung der Mexikaner/Innen zur Nation eine lange Tradition. So beteiligten sich an der Konstruktion des postrevolutionären Staatsprojektes insbesondere Historiker und Philosophen, indem sie die nationale Kultur Mexikos, die *mexicanidad*, kreierten. Schon in den zwanziger Jahren entwickelte José Vasconcelos das Konzept der "kosmischen Rasse". Er sah in dem "Mestizischen" den Inbegriff des neuen lateinamerikanischen Menschen, der die Spaltung in indigene und kreolische Bevölkerungsgruppen und den Konflikt zwischen Orient und Okzident überwunden hatte (Vasconcelos 1925). In den fünfziger Jahren widersprach Octavio Paz in *El Laberinto de la Soledad* diesem idealisierten Bild des "Mestizischen". Er sah in dem Ursprung des Mestizischen – der Vergewaltigung der indigenen Frau durch den spanischen Eroberer – den Grund für einen Minderwertigkeitskomplex, den er als charakteristisch für den nationalen Charakter der Mexikaner befand (Paz 1950).

Ende der achtziger Jahre wurde die Debatte um die *mexicanidad* von Sozialanthropologen wieder aufgenommen. Guillermo Bonfil Batalla wandte sich in *México Profundo. Una Civilización Negada* gegen das Bild der mestizischen Nation. Bonfil Batalla zufolge existierten bis in die Gegenwart zwei zivilisatorische Projekte: das *México profundo* (das tiefe, verwurzelte Mexiko), der Lebensstil der mesoamerikanischen indigenen Bevölkerung, und das *México imaginario* (das imaginierte Mexiko), das nach westlichem Vorbild konstruierte Mexiko. Das *México profundo* bestünde trotz der sich verändernden Dominierungsstrategien des *México imaginario* weiter; es sei jedoch nicht Ausdruck einer statischen, passiven Gesellschaft, sondern blicke auf eine Geschichte des permanenten Widerstandes zurück (Bonfil Batalla 1987: 9f.).

Als Antwort auf die Wiederentfaltung der Diskussion um die nationale Kultur und Ideologie stellte Claudio Lomnitz in *Exits from the Labyrinth* (1992) fest, dass die neueren Kritiken an den früheren Arbeiten nicht deren theoretische Grundlagenprobleme und Denkhindernisse überwunden hätten. Die politische Bedeutung der nationalen Identität blockiere immer noch eine Beschreibung des eigentlich gemeinten Phänomens in anderen Termini als denen des Nationalismus. Die Debatte befinde sich in einem verhängnisvollen Kreislauf: Soziale Beziehungen, die im nationalen Raum existierten, würden mit Ideologien über eine kollektive Identität, eine gemeinsame Vergangenheit und eine vereinte Zukunft verwechselt. Um aus diesem Labyrinth

der *mexicanidad*-Literatur zu entkommen, schlägt Lomnitz die Untersuchung der regionalen Kulturen Mexikos vor (Lomnitz 1992: 4).

1.2 Politische Kultur und Wahlen

Politische Kultur und der Ausgang von Wahlen wurden nur vorsichtig in Zusammenhang gestellt, da die Interpretationen des Wahlverhaltens der Bevölkerung aufgrund der Manipulationen der Staatspartei PRI zu viele Zweifel offen gelassen hatten (Krotz 1990: 12).⁴ Mit der allmählichen Öffnung der Wahlverfahren in den achtziger Jahren konzentrierten sich die soziologischen und sozialanthropologischen Untersuchungen über politische Kultur jedoch zunehmend auf die Wahlen. Im Vorfeld der Wahlen von 1988 begleiteten Larissa Adler de Lomnitz, Claudio Lomnitz und Ilya Adler die Kampagne des PRI-Kandidaten Carlos Salinas de Gortari. In ihrem Artikel "El fondo de la forma: la campaña presidencial del PRI en México en 1988" (1990) bemerkten sie, dass die Präsidentschaftskampagne ein bedeutsamer Ausdruck der politischen Kultur war. Die Autor/Innen beschrieben die Präsidentschaftskampagne als ein Übergangsritual, das sich durch eine liminale Phase (Grenzphase) kennzeichnete.⁵ Diese sei eine gefährliche Zeit für das PRI-Regime gewesen, da die Macht des ausscheidenden Präsidenten kulminierte (indem er seinen Nachfolger benannte) und ein relatives Machtvakuum entstand, bis die Person und die Position des neuen Präsidenten konstruiert waren. Währenddessen verhandelten die unterschiedlichen Gruppen und Individuen innerhalb der PRI um ihre Macht: Die Konflikte und Allianzen innerhalb des Regimes wurden deutlich (Adler de Lomnitz/Lomnitz/Adler 1990: 51).

Die Wahlen 1988 sollten noch aus einem ganz anderen Grund zu einer gefährlichen Phase für das PRI-Regime werden. Zum ersten Mal in der postrevolutionären Geschichte Mexikos wurde der eindeutige Sieg der Staatspartei PRI bei den Präsidentschaftswahlen 1988 gefährdet. Cuauhtémoc Cárdenas, ehemaliger PRI-Gouverneur des Bundesstaates Michoacán (1980-1986), ließ sich von dem Wahlbündnis verschiedener sozialer Bewegungen, "lin-

⁴ Auch wenn die Wahlen durch die Auswahl der Kandidaten, das Wahlprozedere und die Auszählungsweise von der Staatspartei PRI stark manipuliert wurden, ließ die öffentliche Partizipation der Bevölkerung bei den Wahlen die Hoffnung entstehen, dass sich das politische System auf dem Wege zur Demokratie befinde. Sie wurden deshalb auch als semi-konkurrierende (*semicompetitive*) Wahlen bezeichnet (Schatz 2000: 8).

⁵ Das Konzept der Übergangsrituale (Initiationsriten) wurde von Arnold Van Gennep (Van Gennep 1969) entworfen und später von Victor Turner (Turner 1974) weiterentwickelt.

ker” Parteien und Gruppierungen, der *Frente Democrático Nacional* (FDN), als Präsidentschaftskandidat aufstellen. Sein Sieg konnte nur – wie viele unabhängige Beobachter/Innen vermutet haben – durch Wahlbetrug verhindert werden (Crespo 1996: 36).⁶

Trotz des Ausgangs der Wahlen wurde der unerwartete Erfolg von Cárdenas als ein Aufschwung für die Demokratisierungsbewegung eingeschätzt: Ende der achtziger Jahre postulierten Journalist/Innen, Wissenschaftler/Innen und Politiker/Innen eine “neue politische Kultur” Mexikos (Alonso 1994: 10-12). Diese unterscheidet sich von der PRI-dominierten politischen Kultur, die vom staatlichen Klientelismus, von der Dominanz des autoritären Staates und von der Inkorporierung der Bevölkerung in das postrevolutionäre Staatsprojekt gekennzeichnet gewesen sei (Olvera Rivera 1999: 12). Die politisch-kulturelle Aktivität der Demokratisierungsbewegung habe eine neue Beziehung zwischen der Gesellschaft und dem politischen System hergestellt, die von der politischen Partizipation und der Mitinbeziehung des politischen Willens der Bevölkerung geprägt sei (Álvarez Enríquez 1997).

José Antonio Crespo widersprach in seinem Artikel “Comportamiento electoral: Cultura política y racionalidad en los comicios de 1994” (1996) der Ansicht, dass das Wahlverhalten der Mexikaner/Innen 1988 als ein Wandel der politischen Kultur in Richtung Demokratie interpretiert werden könnte. Crespo wertete die Stimmabgabe gegen die PRI als eine Reaktion auf die Schuldenkrise von 1982 (Crespo 1996: 23). Als Beweis dafür, dass kein grundlegender Wandel der politischen Kultur der Wähler/Innen stattgefunden habe, führte er an, dass der PRI-Kandidat Ernesto Zedillo Ponce bei den nachfolgenden Präsidentschaftswahlen 1994 ohne einen öffentlich bekannten “größeren” Wahlbetrug gegen den Kandidaten der *Partido de la Revolución Democrática* (PRD),⁷ Cuauhtémoc Cárdenas, gewinnen konnte. Crespo warnte vor dezidiert kulturalistischen Erklärungsversuchen der Wahlergebnisse, da aus einer solchen Interpretation angesichts des erneuten Wahlsieges der PRI geschlussfolgert werden könnte, die Mexikaner/Innen

⁶ Als Cárdenas am Wahltag in den ersten Hochrechnungen deutlich vor dem PRI-Kandidaten Salinas de Gortari lag, brach das Computersystem der Wahlbehörde zusammen. Nach der Behebung des angeblichen Computerfehlers gewann der PRI-Kandidat die Wahlen.

⁷ Die Wahlniederlage von Cárdenas 1988 konnte den Zusammenschluss der linken Opposition nicht zerstören: 1989 bildete sich aus der FDN die *Partido de la Revolución Democrática* (PRD).

seien 1994 noch nicht bereit für die Demokratie gewesen (Crespo 1996: 38-48).

Auch wenn sie in den neunziger Jahren noch nicht den Machtwechsel auf Bundesebene erwirken konnten, so führten die Forderungen der Bevölkerung nach politischer Pluralisierung und transparenten und überprüfbaren Verfahren für demokratische Wahlen auf institutioneller Ebene immerhin zur Einrichtung eines Bundeswahlinstitutes *Instituto Federal Electoral* (IFE) 1991. Die aus der Demokratisierungsbewegung hervorgegangene zivilgesellschaftliche Organisation *Alianza Cívica* setzte sich bei den folgenden Präsidentschaftswahlen 1994 gezielt für die Überwachung der Wahlvorgänge und für die formelle Trennung des IFE von der PRI-Regierung ein.⁸ Das IFE erhielt 1997 eigene öffentliche Mittel und wurde von den anderen Parteien im mexikanischen Bundeskongress anerkannt.

Von Sozialwissenschaftler/Innen wird die Einrichtung des IFE als ein wichtiger Schritt im mexikanischen Demokratisierungsprozess angesehen, da es ernst zu nehmende demokratische Wahlen ermöglichte (Braig 2001: 151; Schatz 2000:12). Die Herstellung von gesellschaftlichem Vertrauen in das Wahlsystem und die aktuellen Wahlprozesse bedeutete zudem eine wichtige Veränderung der politischen Kultur. Die Wähler/Innen wurden fortan als Rechtssubjekte ernst genommen, und die Wahlen gewannen an Bedeutsamkeit, da ihr Ausgang nicht mehr manipulativ vorausbestimmt werden konnte. Die Gründung des IFE stellte somit den institutionellen Ausdruck einer aktiv kontrollierenden komplexen politischen Öffentlichkeit dar, die nicht von den korporativen Strukturen der Staatspartei PRI vereinnahmt und manipuliert wurde.

1.3 Neuere Untersuchungen zu politischen Kulturen

Vor dem Hintergrund neuerer Untersuchungsergebnisse zu politischer Kultur seit Ende der achtziger Jahre wurde von mexikanischen Sozialanthropologen die Annahme der Existenz einer einheitlichen politischen Kultur hinterfragt. In der Einleitung zum Sammelband *Antropología política* (1996) schrieb Héctor Tejera Gaona, dass die heterogene gesellschaftliche und politische Entwicklung des Landes sich auch in der politischen Kultur widerspiegele.

⁸ Bei den Präsidentschaftswahlen von 1994 organisierte die *Alianza Cívica* die Überwachung der Wahlen durch unabhängige Beobachter/Innen. Das IFE führte 1996 zur Organisation und Überwachung der Wahlen das Prinzip von Bürgerräten (*Consejeros Ciudadanos*) ein, an denen sich bei den Wahlen im Jahr 2000 mehr als 450.000 Personen beteiligten (Avritzer 2002: 4).

Es könne weder von der "traditionellen" noch von der "neuen" politischen Kultur Mexikos gesprochen werden, sondern nur von unterschiedlichen politischen (Teil-)Kulturen, die nebeneinander existierten und sich vermischten (Tejera Gaona 1996: 19-21).

Einen Ansatz, der ein Nebeneinander unterschiedlicher politischer Kulturen skizziert, entwickelte Guillermo de la Peña in "La cultura política entre los sectores populares de Guadalajara" (1990). De la Peña lenkte das wissenschaftliche Interesse von der Sphäre der "formellen" Politik auf die Erfahrungsebene der Mitglieder der mexikanischen Gesellschaft. Seine ethnographische Untersuchung basierte nicht ausschließlich auf Erzählungen der sozialen Akteur/Innen über Erlebnisse mit der "formellen" Politik, sondern auch auf Interviewdarstellungen über die Erfahrungen in unterschiedlichen Sphären des Alltagslebens. Er unterschied vier Modelle politischer Kultur: die klientelistische Kultur, die liberale politische Kultur, die proletarische Kultur und die kommunitaristische Kultur. De la Peña beobachtete in den Interviewerzählungen seiner Informant/Innen aus Guadalajara eine Mischung der von ihm skizzierten unterschiedlichen Typen politischer Kultur (De la Peña 1990: 86).

Auch wenn De la Peña darauf verwies, dass die vier Modelle politischer Kultur nicht in idealtypischer "Reinform" auftreten, sich vermischen und nebeneinander existieren, so ist seinen Anmerkungen hinzuzufügen, dass sie bei realistischer Betrachtung faktisch unterschiedliches Gewicht im alltäglichen Denken und Handeln der sozialen Akteur/Innen haben. Das Konzept der klientelistischen politischen Kultur wurde in vielen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen verwendet, um die Beziehungen zwischen dem mexikanischen Staat und der mexikanischen Gesellschaft zu beschreiben (Fox 1994; Kaufmann Purcell 1973). De la Peña zufolge entsteht die klientelistische politische Kultur in einer Gesellschaft, in der die Lebensaussichten und der materielle Reichtum willkürlich und ungleich verteilt sind. Die Armen als Klienten bzw. abhängige Bittsteller seien vom Staat und seinen Funktionären als Patronen abhängig, die über die Vergabe der materiellen Ressourcen entscheiden würden (De la Peña 1990: 86). Während die klientelistische politische Kultur in allen Schichten, ethnischen Gruppen und regionalen Bereichen der mexikanischen Gesellschaft verbreitet ist, tritt nach Raúl Nieto die proletarische politische Kultur nur in bestimmten Teilen des Arbeitssektors auf, in denen ein formelles Arbeitsverhältnis und eine Organisation der Arbeiter/Innen existierten (Nieto 1994).

Die kommunitaristische politische Kultur bezieht De la Peña auf Gruppen, die durch gefühlsmäßige oder traditionelle Beziehungen verbunden sind (Verwandtschaft, Freundschaft, Nachbarschaft), in denen die Individuen sich für das Überleben und das Wohlbefinden der anderen Mitglieder der Gruppe verantwortlich fühlen. Die Beziehung zum Staat hänge dann von den positiven oder negativen Antworten der staatlichen Behörden auf die spezifischen Bedürfnisse der solidarischen Gruppe ab (De la Peña 1990: 86). Oftmals wurde das Konzept des Kommunitarismus verwandt, um das mehr oder weniger harmonische Funktionieren von lokalen Gemeinschaften zu beschreiben. Claudio Lomnitz schätzt die Vorstellung von einer spezifischen kommunitaristischen politischen Kultur jedoch als eine Fiktion ein. Entgegen der "romantischen" Vorstellung des reziproken Austauschs auf der Grundlage von solidarischen Netzwerken gehe der Austausch von Gütern immer mit sozialer Differenzierung und Machtausübung einher (Lomnitz 2001: 36).

Ebenso scheint die liberale politische Kultur eher eine Idealvorstellung von Anhängern der Philosophie des politischen Liberalismus als eine empirisch nachweisbare Denk- und Handlungsbasis der sozialen Akteur/Innen zu sein. De la Peña zufolge besteht die liberale politische Kultur in einer Gesellschaft, in der die Individuen frei und im Prinzip politisch-handlungsmäßig gleich kompetent um die Verteilung der Ressourcen konkurrieren und die Regierung lediglich die Funktion hat, die Regeln des Konkurrenzkampfes zu überwachen (De la Peña 1990: 86). Im ökonomisch und sozial stark hierarchisierten mexikanischen Gesellschaftssystem würden bei einer freien Konkurrenz über die Verteilung der Ressourcen breite gesellschaftliche Schichten vom politischen Prozess ausgegrenzt werden, da sie nicht über vergleichbare politische Handlungskompetenzen verfügen. In einer demokratischen politischen Kultur müsste der Staat jedoch mittels der aktiven Gestaltung politisch-sozialer Rahmenbedingungen und inhaltlicher Sozialpolitik eine gerechte Verteilung der Ressourcen sichern und so den Individuen die Möglichkeit geben, ihre Rechte als Staatsbürger/Innen einzufordern.

Die Debatte mexikanischer Sozialwissenschaftler/Innen über die politische Kultur ihres Landes bewegt sich – wie gerade umrissen – von der Diskussion um die nationale Kultur, über die Frage des Zusammenhangs von politischer Kultur und Wahlen bis zu den Typologisierungsversuchen unterschiedlicher politischer Kulturen, die nebeneinander existieren. Die Untersuchungen verharren jedoch auf der Ebene von "idealtypischen" Beschreibungen politischer Kultur oder betrachten politische Kultur nur unter dem Blickwinkel von institutionellen Veränderungen. Es fehlt ihnen ein tieferer

Einblick in die Prozesshaftigkeit bzw. die Dynamik von politischer Kultur im alltäglichen Leben, da sie nicht nach der Kommunikation der sozialen Akteur/Innen untereinander und ihrer Interaktion mit den politischen Institutionen fragen. Im Folgenden sollen zunächst die makrotheoretischen Betrachtungsweisen der Entwicklung von politischer Kultur im Kontext der politischen Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte diskutiert werden, um dann einen Perspektivwechsel vorzunehmen und politische Kultur am Beispiel der Regierungen der ehemaligen Oppositionsparteien (PAN und PRD) in Hinblick auf die Kommunikations-, Partizipations- und Interaktionsmöglichkeiten der sozialen Akteur/Innen zu betrachten.

2. Politische Transformationsprozesse

2.1 Klientelistische politische Kultur: Korporativismus und Verhandlungen

In den Darstellungen des postrevolutionären politischen Systems Mexikos dominieren die Behauptungen der prägenden Rolle der Denk- und Handlungsschemata der von De la Peña skizzierten klientelistischen politischen Kultur, die sich auf vertikale Patron-Klientel-Beziehungen zwischen dem Staat und der Bevölkerung gründet (Kaufmann Purcell 1973: 35; Fox 1994: 153). Die klientelistischen Beziehungen in Mexiko – so die vorherrschenden Analysen – beruhten auf der politischen Unterordnung der Bevölkerung als Klient im Tausch gegen materielle Belohnung von Seiten des Staates als Patron. Lokale Führer, Parteifunktionäre und Amtspersonen dienten dabei als Mittlerpersonen zwischen den Gemeinschaften und den staatlichen Stellen. Im Laufe des Modernisierungsprozesses des mexikanischen Gesellschaftssystems wurden die traditionellen politischen Patrone (etwa Großgrundbesitzer und lokale politische Führer) immer mehr von Parteifunktionären und staatlichen Agenten (Führern der staatlichen Gewerkschaften, usw.) ersetzt. Seit ihrer Gründung nahmen die Funktionäre der “offiziellen” Partei zunehmend die Vermittlerrolle innerhalb des klientelistischen Beziehungsgeflechtes ein.

Die 1929 gegründete Staatspartei *Partido Nacional Revolucionario* (PNR) war nach der mexikanischen Revolution aus dem Zusammenschluss unterschiedlicher regionaler Führungspersonen entstanden: den militärischen Führern der Revolution (*caudillos*), den lokalen Kaziken (*caciques*), den Großgrundbesitzern mit ihrem Interesse der Bewahrung der bestehenden Landbesitzverhältnisse sowie den konservativen und liberalen Gouverneuren der einzelnen Bundesstaaten. Die 1946 in PRI umbenannte Staatspartei bil-

dete sich als Bindeglied zwischen der Modernisierungsfraktion in Mexiko-Stadt und den lokalen Einflussgebieten der peripheren Führer heraus. Die lokalen Führungspersönlichkeiten übernahmen Ämter in einer der korporativen Organisationen der Staatspartei: in der Bauergewerkschaft *Confederación Nacional Campesina* (CNC), in der Arbeitergewerkschaft *Confederación de Trabajadores de México* (CTM) oder in der *Confederación Nacional de Organizaciones Populares* (CNOP). Sie wurden als Abgeordnete der PRI in den mexikanischen Bundeskongress gewählt, wobei sie jedoch nicht so sehr die Funktion von parlamentarischen Repräsentanten ihres jeweiligen Wahlbezirkes und ihrer Wähler/Innen übernahmen, sondern eher die Position von Verhandlungsführern oder Vermittlern (*gestores*) (Braig 1999: 128 ff.).⁹

Auf lokaler Ebene steuerten die örtlichen Abgeordneten, die lokalen Parteifunktionäre und die Repräsentanten der korporatistischen Organisationen der PRI (wie z.B. die Gewerkschaftsfunktionäre und die Marktaufseher) die Vergabe staatlicher Ressourcen durch klientelistische Loyalitätsbeziehungen: Materielle Vorteile wurden der Tendenz nach nur denjenigen zugestanden, die Anhänger/Innen der Staatspartei waren und sie bei den Wahlen unterstützten. In ihrer Funktion als *gestores* (d.h. als Vermittler zwischen der Regierung und der Bevölkerung) mussten die lokalen Führer jedoch auch auf die Forderungen der Bevölkerung eingehen, um ihre politische Basis nicht zu verlieren.

Die korporatistischen Organisationen der Staatspartei dienten nicht nur als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen regionalen Neben-Machtzentren und dem zentralen Machtzentrum in Mexiko-Stadt, sondern auch zur politischen Eingliederung der verschiedenen Sektoren der mexikanischen Gesellschaft in das Staatsprojekt. Die Integration der ländlichen Bevölkerung in den Staatsapparat war Aufgabe der CNC, während der CTM die Eingliederung des Arbeitssektors und der CNOP die Integration der städtischen Unter- und Mittelschicht zufiel (Rott 1979: 370). Die Masse der Bevölkerung wurde somit formal am politischen Staatsprojekt beteiligt, indem sie über die genannten Organisationen institutionell an die Staatspartei ge-

⁹ Marianne Braig bemerkte, dass die regionalen *caciques* als Funktionäre einer der drei korporativen Verbände (CMT, CNC, CNOP) der PRI bis Ende der achtziger Jahre ihre eigene Wahlhegemonie sicherten. D.h. die Wahlbezirke wurden nach Quoten unter den drei Parteisektoren aufgeteilt, so dass die Kandidaten der PRI immer die Mehrheit der Direktmandate gewannen. Die Oppositionsparteien konnten lange Zeit nur über die Zweitstimme in den Bundeskongress gewählt werden (Braig 1999: 131).

bunden wurde. Der Anreiz, sich in einer der korporatistischen Organisationen der PRI zu organisieren, lag im Zugang zu sozialen Diensten, in materiellen Unterstützungen der Gemeinde-Infrastrukturen und in Interessensvertretung für die eigene Gruppe, die der Bevölkerung im Gegenzug zu ihrer politischen Unterordnung versprochen wurden.

In den vierziger und fünfziger Jahren konnte das institutionelle Herrschaftsarrangement der PRI seine Macht und die korporative Organisationsstruktur des Staates konsolidieren. Der wirtschaftliche Aufschwung Mexikos durch die Importsubstitutionspolitik der Nachkriegszeit begünstigte die Festigung des politischen Systems. Dieser Zeitraum wird auch als *pax priísta* (Frieden der PRI) bezeichnet, währenddessen die PRI eine hegemoniale Entscheidungs- und Deutungsmacht ausübte. Die Partei und ihre Organisationen kanalisiert oder inkorporierten jede Art von politischer Aktivität (Knight 1990: 79).¹⁰ In der mexikanischen Sozialanthropologie wurde der Einparteiensstaat als ein monopolistisches System der obligatorischen Kanalisierung dargestellt, das sich von einem demokratischen System dadurch unterschied, dass es die freie politische Meinungsäußerung unterband (Gómez Tagle 1997: 17). Das institutionelle Herrschaftsarrangement der PRI entwickelte freilich eine spezifische Verhandlungskultur, die es der Bevölkerung ermöglichte, Forderungen und Anliegen zu äußern (Dietz 1996). Die Kanalisierung der Forderungen der Bevölkerung war jedoch nicht ausschließlich auf die korporativen Strukturen beschränkt: Die Bevölkerung konnte durch Massenmobilisierungen und Akklamation eine direkte Beziehung zu den staatlichen Institutionen oder zu einzelnen hochgestellten Persönlichkeiten des PRI-Herrschaftssystems herstellen (Braig 1999).

2.2 Soziale Bewegungen: Eine partizipative politische Kultur?

Erst Ende der sechziger Jahre erfuhr die Verhandlungskultur eine tiefe Verunsicherung, als sich der Modernisierungs- und Entwicklungsoptimismus der Nachkriegszeit abschwächte und sich im ganzen Land soziale Bewegungen formierten, die den Mangel an sozialer Gerechtigkeit und politischen Partizipationsmöglichkeiten kritisierten. Zuvor war jede Form des Protestes, die sich außerhalb der korporativen Strukturen und der etablierten Verhandlungskanäle bewegte, niedergeschlagen worden (Aguilar Camín 1986: 12). Die sozialen Bewegungen reichten von der 1968er Studentenbewegung über

¹⁰ Proteste, die außerhalb dieser Verhandlungskanäle geäußert wurden – wie die gewerkschaftlichen Proteste in der Stadt Leon 1940 und der Eisenbahnerstreik in Mexiko-Stadt 1958 – wurden kompromisslos unterdrückt (Aguilar Camín 1986: 12).

die unabhängige Gewerkschaftsbewegung, die Frauenbewegung, die Guerillabewegungen, die christlichen Basisbewegungen und die ethnischen Bewegungen im ländlichen Bereich zu den urbanen Stadtteilmobilitäten.

Die Studentenbewegung, die durch öffentlichen Protest Möglichkeiten der politischen Repräsentation von unabhängigen Organisationen einforderte, war "der symbolische Anfang des Endes eines sozialen Modells" (Blancarte 1992: 239f.). Die mexikanische Regierung erwiderte die studentischen Forderungen zunächst mit brutaler Repression; das Massaker auf dem "Plaza de Tlatelolco" in Mexiko-Stadt am 2. Oktober 1968, bei dem das mexikanische Militär Hunderte Demonstrant/Innen ermordete, machte die Ausmaße der staatlichen Gewalt deutlich. Das repressive Vorgehen der Regierung gegen die studentische Bewegung konnte jedoch den Protest von breiten Bevölkerungsschichten der mexikanischen Gesellschaft nicht ersticken. Im Gegenteil, die brutale Unterdrückung der studentischen Proteste brachte erstmalig das irreparable Legitimationsdefizit des Herrschaftssystems der PRI in der gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit zu Bewusstsein.

Die Auswirkungen der 1968er Studentenbewegung – ihre Forderungen nach politischer Partizipation und ihre brutale Unterdrückung durch die Regierung – führten in der Folgezeit zu einer starken Politisierung der sozialen Bewegungen. Das Verhältnis der sozialen Bewegungen zur Regierungspartei PRI war seit ihrem Entstehen von einer starken Ambivalenz geprägt. Einerseits war die offene Opposition zur PRI ein wichtiges identitätsstiftendes Element vieler dieser Bewegungen, andererseits wurden sie von der Staatspartei und ihren korporativen Organisationen oft vereinnahmt oder instrumentalisiert. Obwohl die Protestbewegungen die fehlenden politischen Partizipationsmöglichkeiten für unabhängige soziale Akteur/Innen und Maßnahmen gegen den staatlichen Klientelismus und die Korruption kritisierten, mussten viele der sozialen Bewegungen notgedrungen mit der PRI-Regierung kooperieren. Beispielsweise gerieten städtische Bewegungen, die Landlegalisierungen oder Infrastrukturmaßnahmen forderten, durch die Verhandlungsprozesse und die Zugeständnisse der Regierung mit der Zeit unvermeidlich in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Staat (Gledhill 1994: 183).

Die Auswirkungen sozialer Bewegungen auf die Demokratisierung autoritärer Regime werden unterschiedlich beurteilt. Optimist/Innen zufolge entstehen in sozialen Bewegungen horizontale partizipative Organisationsstrukturen, die sich auf die Demokratisierung der politischen Institutionen und die politische Kultur der Gesamtgesellschaft auswirken (Dagnino 1998: 33). Andere warnen vor einer zu positiven Einschätzung des Demokratisie-

rungsimpulses sozialer Bewegungen. Die partizipative politische Kultur der sozialen Bewegungen könne leicht überschätzt werden. Die informellen Beziehungsnetzwerke sozialer Bewegungen (Verwandtschafts-, Nachbarschafts- und Freundschaftsnetzwerke) könnten im Zuge der Eingliederung in formellere politische Strukturen ihren basisdemokratischen Charakter schnell verlieren. Die vorher dialogischen Handlungsformen würden durch hierarchische Interaktion ersetzt und es entstehe eine Vertikalisierung der Entscheidungsfindung (Costa 1997: 123f.). Soziale Bewegungen entwickelten sich ähnlich wie politische Parteien im Laufe der Zeit eher zu Repräsentationsorganen als dass sie eine partizipative politische Kultur beibehielten (Gledhill 1994: 188).

2.3 Die Flexibilität des politischen Systems

Nach der Zerschlagung der Studentenbewegung reagierte Luis Echeverría Álvarez während seiner Präsidentschaft (1970-1976) auf die politische Unzufriedenheit breiter Teile der mexikanischen Gesellschaft mit der Etablierung paralleler Verhandlungskanäle und einer Ausweitung und Flexibilisierung des populistischen Regierungsstils. Teil der neuen Regierungslinie war eine graduelle Öffnung der korporativen Strukturen des Einparteiensystems; d.h. parallel zu den korporativen Organisationen wurden neue spontanere und flexiblere Organisationsformen zugelassen, wie z.B. die vorsichtige Duldung von unabhängigen politischen Organisationen, die bis zu diesem Zeitpunkt verboten gewesen waren. Die Politik der Öffnung war jedoch mit der Eingliederung oder Auflösung oppositioneller Bewegungen durch unterschiedliche Kooptationsstrategien der PRI-Regierung verbunden (wie die Angebote von staatlicher Hilfe, die Institutionalisierung der Organisationsstrukturen und die Vergabe von staatlichen Ämtern an Oppositionsführer/Innen).¹¹

Die Regierung des folgenden Präsidenten José López-Portillo (1976-1982) führte die Strategie der graduellen Öffnung des politischen Systems weiter. Aufgrund der immer stärker werdenden Demokratisierungsforderungen vieler gesellschaftlicher Gruppen wurden seit der Verfassungsreform von 1977 politische Parteien als Organisationen, die dem öffentlichen Inte-

¹¹ Um einige Beispiele zu nennen: Die Autonomie der Gewerkschaften wurde eingeschränkt, die *Tendencia Democrática* zerschlagen, in den Universitäten wurden neue bürokratische Strukturen der politischen Äußerung eingeführt, und die "Theologie der Befreiung" wurde durch den Staat und die katholische Kirche marginalisiert (Semo 1993: 207).

resse dienten (*entidades de interés público*), anerkannt, d.h. sie erhielten das Recht, an Wahlen teilzunehmen (Woldenberg 1997: 311). Die Wahlreform unterstützte jedoch übermäßig kleine Parteien auf Kosten der *Partido de Acción Nacional* (PAN),¹² da sie für die PRI als einzige Oppositionspartei eine ernsthafte Konkurrenz bei Wahlen darstellte. In diesem Zusammenhang ist auch die Wiederezulassung der kommunistischen Partei *Partido Comunista Mexicano* (PCM) 1979 zu verstehen.¹³ So konnte sich die PRI-Regierung – bei gleichzeitiger Öffnung und flexibler Haltung – die Kontrolle über die Wahlverfahren sichern (Gómez Tagle 1997: 19).

Zu einer Verschärfung der politischen Krise des staatlichen Korporatismus führte die Schuldenkrise Mexikos von 1982 und die darauf folgende neoliberale Wende der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Präsident Miguel de la Madrid (1982-1988). Die neoliberalen Reformen wurden zwar vom Regierungsapparat der Staatspartei PRI initiiert und durchgesetzt; zugleich stellten sie aber die Grundlagen des korporativen Gesellschaftssystems und der entsprechenden Sozialpolitik in Frage. Sie bedeuteten eine weit reichende Auflösung der korporativen Bindung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen an den mexikanischen Staat. Die Reformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hatten die Schließung parastaatlicher Unternehmen, die Kürzung von Sozialprogrammen (z.B. COPLAMAR)¹⁴ und die Abschaffung einflussreicher Positionen zur Folge, welche die lokalen Führungspersonlichkeiten an das PRI-Herrschaftssystem gebunden hatten. Sicherlich öffnete der Rückzug der Staatspartei aus den lokalen politischen Strukturen auch Raum für neue Formen politischer Aktivität. Ende der achtziger Jahre war die Staatspartei PRI nicht mehr im Stande, die neuen Akteur/Innen (Frauen,

¹² Die konservative Oppositionspartei PAN wurde 1939 hauptsächlich als Reaktion auf die "sozialistische und antiklerikale" Politik des Präsidenten Lázaro Cárdenas (1934-1940) gegründet. An ihrer Gründung waren katholische Intellektuelle maßgeblich beteiligt, die eine christdemokratische Ideologie vertraten und sich gegen die antiklerikalen Inhalte der postrevolutionären Verfassung von 1917 wandten. In der Vergangenheit stellte die PAN die Vorherrschaft der PRI insofern in Frage, als sie die Staatspartei öffentlich des Wahlbetruges beschuldigte. Sie wird gegenwärtig hauptsächlich von der städtischen oberen Mittelklasse unterstützt und erzielte zuerst bei Wahlen in den nördlichen Bundesstaaten Mexikos Erfolge (Cornelius/Craig 1991: 75).

¹³ Die kommunistische Partei *Partido Comunista Mexicano* (PCM) wurde 1919 gegründet. Während der Präsidentschaftszeit von Lázaro Cárdenas (1934-1940) wurde es der PCM erlaubt, zu Wahlen anzutreten. In der Folgezeit wurde die PCM aber verboten und konnte ihre legale Registrierung erst 1979 zurückgewinnen (Cornelius/Craig 1991: 77).

¹⁴ Die Sozialprogramme der von Präsident López Portillo 1977 eingeführten Dachorganisation *Coordinación General del Plan Nacional de Zonas Deprimidas y Grupos Marginales* (COPLAMAR) wurden nach 1982 stark gekürzt oder gestrichen.

indigene Gruppen, Jugendliche, Migrant/Innen, Arbeitslose, Intellektuelle etc.) in ihr korporatives Machtgefüge zu integrieren. Sie organisierten sich in der heterogenen Demokratisierungsbewegung, die von alt-linken und traditionell-konservativen Gruppierungen und Parteien zu neuen politischen Akteur/Innen, wie den sozialen Bewegungen, den Nichtregierungsorganisationen und dem kritischen Journalismus, reichten.

Der mutmaßliche Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen 1988 führte zu einem drastischen Popularitätsverlust der Staatspartei. Die Regierung von Salinas de Gortari versuchte deshalb durch die Einführung des Sozialprogramms *Programa Nacional de Solidaridad* (PRONASOL) die Person des Präsidenten von der unpopulären Staatspartei zu distanzieren. PRONASOL sollte die Folgen der neoliberalen Umgestaltung der mexikanischen Sozial- und Wirtschaftspolitik, der Privatisierung von Staatsunternehmen und der Verringerung von sozialen Leistungen, abfedern und eine direkte Beziehung zwischen dem Präsidenten und der zivilen Gesellschaft herstellen.¹⁵ Von verschiedenen Autoren wird angenommen, dass PRONASOL weniger ein Sozialprogramm war, als vielmehr ein politisches Instrument der Machtsicherung des PRI-Regimes, welches mit der Einführung von neopopulistischen Strukturen in der Amtszeit von Salinas de Gortari verbunden war (Braig 1997; Cornelius/Craig/Fox 1994: 3-6; Harvey 1993: 6ff.). So eröffnete die salinistische Politik zwar ökonomisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen neuen Raum für Verhandlungen um Ressourcen, eine Demokratisierung der politischen Strukturen war jedoch damit nicht verbunden.

Die Forderung der Zivilgesellschaft nach politischer Pluralisierung und somit der Druck auf das PRI-Regime wurde Anfang der neunziger Jahre immer größer. Die wohl bekannteste Protestbewegung der neunziger Jahre trat mit dem Aufstand indigener Bevölkerungsgruppen im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas im Januar 1994 an die politische Öffentlichkeit. Am Tag des Inkrafttretens des NAFTA-Abkommens verband die zapatistische Befreiungsarmee *Ejército Zapatista de Liberación Nacional* (EZLN) ihre Forderung nach einer Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik mit der Forderung der mexikanischen Revolution nach "Land und Freiheit". Die

¹⁵ Im Rahmen von PRONASOL wurden größtenteils arbeitsintensive Infrastrukturprojekte unterstützt (z.B. die Renovierung und der Neubau von medizinischen und schulischen Einrichtungen, die Schaffung funktionierender Lebensmittelverteilungssysteme, der Bau von Trinkwasser- und Entwässerungssystemen, die Elektrifizierung sowie der Straßenbau). PRONASOL vergab auch Kredite für marginalisierte Agrarproduzenten mit niedrigem Einkommen. Spezielle Gelder konnten für die Unterstützung von Entwicklungsprojekten in indigenen Regionen beantragt werden (SEDESOL 1993).

EZLN klagte insbesondere an, dass die in der mexikanischen Verfassung von 1917 festgeschriebene Agrarreform in Chiapas in der Vergangenheit nicht durchgeführt worden war und dass deren rechtliche Grundlage – die staatliche Ejido-Landbesitzform – im Zuge der neoliberalen Reformen 1992 getilgt wurde.¹⁶

Der erneute Wahlsieg der Staatspartei PRI bei den Präsidentschaftswahlen 1994 kann auf die große Verunsicherung der Bevölkerung – u.a. durch den Aufstand der EZLN – zurückgeführt werden. Die städtischen Mittel- und Oberschichten hatten Angst vor den politischen und ökonomischen Folgen einer Ausbreitung des Konfliktes auf andere Regionen des Landes. Die befürchteten destabilisierenden Folgen eines Regierungswechsels führten dazu, dass die PRI auf Bundesebene weitere sechs Jahre im Amt blieb. Auf der Ebene der Gemeinden und Bundesländer musste die PRI aber schon seit den achtziger Jahren Wahlverluste in Kauf nehmen. Die Oppositionsparteien (vor allem die PRD und die PAN) fingen an, die Hegemonie der PRI bei den Wahlen anzugreifen (Gómez Tagle 1997: 20).¹⁷ Während die PAN schon seit den achtziger Jahren vor allem in den nördlichen Bundesstaaten (Chihuahua, Baja California etc.) Wahlerfolge zu verzeichnen hatte, gewann die PRD in den neunziger Jahren hauptsächlich im Zentrum (Michoacán, Tlax-

¹⁶ Hans Werner Tobler definiert diese Landbesitzform folgendermaßen: “Das mexikanische Ejido, wie es im Gefolge der Revolution nach 1917 einen Aufschwung erleben sollte, hat seine historischen Wurzeln sowohl im ursprünglichen spanischen Ejido (Allmende), wie in vorkolonialen Formen von landwirtschaftlichem Gemeinbesitz. In der heutigen durch die mexikanische Agrarreform geschaffenen Form ist das Ejido zwar Eigentum der Nation, zur permanenten individuellen oder kollektiven Nutzung aber einzelnen Ejidatarios übereignet. Die individuellen Ejidoparzellen, die sich vom Privateigentum vor allem durch ihre Unveräußerlichkeit und ein Hypothekarisierungsverbot unterscheiden, sind auch innerhalb der Familien vererbbar” (Tobler 1984: 122-123). Für die Landwirtschaft bedeutete die Amtszeit von Salinas de Gortari einen endgültigen Bruch mit dem cardenistischen Agrarreform-Modell. Er kündigte 1992 mit der Reform des Artikel 27 der mexikanischen Verfassung von 1917 den in der Revolution erkämpften Agrarpakt auf. Das vorher staatlich gewesene Ejido-Land konnte fortan privatisiert werden und aufgrund des NAFTA-Abkommens auch an ausländische Interessenten verkauft werden (Calva 1993: 47-58).

¹⁷ 1989 gewann die PAN zum ersten Mal die Regierung des Bundesstaates Baja California Norte und regiert gegenwärtig in sieben Bundesstaaten: Baja California Norte (2001-2007), Guanajuato (2000-2006), Querétaro (2003-2009), Aguascalientes (1998-2004), Jalisco (2001-2007), Morelos (2000-2006) und Yucatán (2001-2007). Die PRD gewann die Wahlen in fünf Bundesstaaten: Baja California Sur (1999-2005), Distrito Federal (2000-2006), Michoacán (2002-2008), Tlaxcala (1999-2005) und Zacatecas (1998-2004). In den Bundesstaaten Nayarit (1999-2005) und Chiapas (2000-2006) regieren Koalitionen zwischen der PRD und der PAN.

cala, Mexiko-Stadt etc.) und im Süden (z.B. Chiapas). Außerdem verlor die Staatspartei 1997 die Kommunalregierungen in den drei wichtigsten Metropolen des Landes: In Guadalajara und Monterrey gewann die PAN und in Mexiko-Stadt die PRD (Rodríguez 1998: 1).

3. Oppositionsregierungen und politische Kultur(en)

In den neunziger Jahren wurden zahlreiche Untersuchungen über die neu gewählten Regierungen der PAN und der PRD auf Gemeinde- und Bundesebene durchgeführt. Sie zeichnen ein heterogenes Bild über deren politisch-kulturelles Veränderungspotential. Die PAN war in den neunziger Jahren zwar die Oppositionspartei mit dem größten Erfolg bei Gemeindewahlen, jedoch waren die positiven Wahlergebnisse für die PAN oftmals die Antwort eines *voto de castigo*, also eine Abstrafwahl, gegen die korrupten PRI-Administrationen und nicht das Resultat eines neuen politischen Projektes (Bassols Ricárdez 1995).¹⁸ Der wichtigste Fortschritt der PAN-Regierungen und Amtsleitungen gegenüber dem korrupten und klientelistischen Regierungsstil der PRI-Administrationen waren eine größere Effizienz der Verwaltung und eine Professionalisierung des Personals (Rodríguez/Ward 1994; Padilla Delgado 1995; Ward 1995).¹⁹ Mit dem Argument oder auch unter dem Vorwand, den Klientelismus, die Manipulation und den Korporativismus zu überwinden, lehnten die PAN-Regierungen jedoch die Verantwortung für die marginalisierten Bevölkerungsschichten ab (Valencia García 1995).²⁰ Die Übernahme von Regierungsverantwortung und Amtsleitungen durch die PAN bedeutete einen Bruch mit der populistischen und kliente-

¹⁸ So beschreibt Mario Bassols Ricárdez, dass der Wahlsieg der PAN bei den Gemeindewahlen in Saltillo im Bundesstaat Coahuila im Jahre 1990 unerwartet gewesen war, da die Partei vorher in der Gemeinde politisch nicht präsent gewesen war. Die Stimmabgabe für die PAN sei vielmehr nur als Protest gegen die vorherigen korrupten Gemeinderegierungen der PRI zu verstehen. Entsprechend – d.h. da kein eigenes Gestaltungsprinzip vorlag – sei es der neuen PAN-Gemeinderegierung von Saltillo nicht gelungen, die korporativen Strukturen der PRI abzubauen (Bassols Ricárdez 1995).

¹⁹ Die Untersuchungen über die PAN-Gemeinderegierungen in Baja California (Rodríguez/Ward 1994) und in Chihuahua (Padilla Delgado 1995; Ward 1995) erklären den größeren Professionalismus damit, dass die PAN-Funktionäre oftmals aus einem unternehmerischen Herkunftsmilieu stammten.

²⁰ In der Stadt León fand Guadalupe Valencia García zwar eine effizientere Verwaltung durch die PAN-Gemeinderegierung vor. Unter dem Vorwand, die korporatistischen Strukturen abzubauen, zog sich die Regierung jedoch – so Valencia García – aus der Verantwortung gegenüber den marginalisierten Bevölkerungsschichten zurück (Valencia García 1995).

listischen Verhandlungskultur, die lange Zeit die Beziehung der marginalisierten Bevölkerungsschichten mit dem mexikanischen Staat geprägt hatte.

Die Regierungen der PRD, die seit den neunziger Jahren auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene entstanden, zeichnen sich durch das Nebeneinander von innovativen politischen Zielen und herkömmlichen Formen des Regierens aus. Obwohl die von der PRD geleiteten Gemeindeverwaltungen neue politische Projekte entwickelten, die gegenüber denen der vorherigen PRI-Amtsleitungen alternativ orientiert und im Politikstil andersartig waren, hatten sie vielerorts Probleme mit deren Durchsetzung aufgrund der eigenen internen Zerstrittenheit, ihrer Zersplitterung in unterschiedliche Strömungen und ihrer Zuordnung zu miteinander konkurrierenden Führer/Innen (Ramírez Sevilla 1997).²¹ Oftmals konnten die Gemeinderegierungen der PRD die korporativen und autoritären Strukturen der PRI nicht nur nicht entwirren, sondern sie schufen darüber hinaus selbst klientelistische Netzwerke (Rivera Sánchez 1998).²² Die PRD-Regierungen veränderten auf den ersten Blick in der politischen Praxis wenig: Die klientelistischen Beziehungen zwischen den Regierenden und der Bevölkerung wurden vielerorts fortgeführt. Die *gestión*, d.h. die Vermittlung materieller Ressourcen als Gegenleistung für die politische Unterstützung der Bevölkerung, war und ist weiterhin die wichtigste Aktivität der lokalen PRD-Funktionär/Innen (De Barbieri 2002: 158ff.).²³ Um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen und zu erhalten, mussten und müssen die Partei-Funktionär/Innen in Unterschichtssiedlungen

²¹ Bei seiner Untersuchung über die PRD-Kommunalregierung in der Gemeinde Zacapu im Bundesstaat Michoacán zwischen 1987 und 1995, traf Luis Ramírez Sevilla auf widerstreitende politische Kulturen. Es existierten Traditionen der linken Opposition, Vorstellungen und Praktiken der PRI und die typischen Orientierungen, wie sie mit einer PAN-Mitgliedschaft verbunden sind. Einerseits reproduzierte die Mehrheit der PRD von Zacapu die politischen Praktiken der PRI: *caciquismo*, Apathie, Passivität, Intoleranz und Autoritarismus. Andererseits sind auch innovative Ansätze in der Gemeinderegierung der PRD entstanden. Die Konflikte innerhalb der PRD schufen eine neue Art zu diskutieren und eine neue Haltung, die Entscheidungen der Führer öffentlich zu hinterfragen. Trotzdem schwächt diese Konfliktivität der PRD die Partei als politische Kraft (Ramírez Sevilla 1997).

²² Liliana Rivera Sánchez stellte bei ihrer Untersuchung über die PRD-Gemeinderegierung in Xico (seit 1992) fest, dass die Einführung von neuen politischen Akteuren und die Diversifizierung der Verhandlungskanäle keine neue politische Kultur hervorbrachten. Die paternalistische und klientelistische politische Kultur der vorherigen PRI-Gemeinderegierungen wurde von der PRD fortgeführt (Rivera Sánchez 1998).

²³ Teresita de Barbieri führte eine Untersuchung über das Abgeordnetenhaus des Bundeskongresses von 1997 bis 2000 durch. Die Interviews mit den Abgeordneten der PRD ergaben, dass in ihrer Sicht die Wähler/Innen ihres Bezirkes von ihnen vornehmlich das Vermitteln von Ressourcen (*gestión*) erwarteten (De Barbieri 2002).

Basisarbeit in Form von Hilfsprogrammen (z.B. in Form der Beschaffung preiswerter Lebensmittel oder der Gewährleistung von Krediten für Baumaterial) leisten (Schütze 2004).²⁴

Der Weiterbestand von klientelistischen Beziehungsstrukturen nach der erfolgreichen Durchsetzung und Durchführung demokratischer Wahlen wurde in vielen lateinamerikanischen Ländern beobachtet. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse empirischer Untersuchungen über Klientelismus in Brasilien und Argentinien verweist Luis Roniger auf die "andere Seite" klientelistischer Strukturen, die so genannte "Versorgungsseite" (*supply side*) – ohne dabei die Manipulations- und Unterdrückungsfunktion klientelistischer Beziehungen auszuklammern (Roniger 2003). Klientelistische Strukturen dienen den krisenbetroffenen sozialen Akteur/Innen in Zeiten des sozialen Umbruches und des Fehlens vertrauenerweckender Institutionen als Sicherheit, da die Beziehung zwischen den Patronen und den Klienten auf persönlich-moralischen Bindungen beruhen. Die Beständigkeit der klientelistischen Strukturen in Ländern, deren institutionelle Demokratisierung noch jung ist, kann also darauf zurückgeführt werden, dass noch kein ausreichendes Vertrauen in demokratische Strukturen und Verfahren vorhanden ist. Wie Margaret Canovan betont, benötigt jede Demokratie neben der pragmatischen institutionellen Seite auch eine andere Seite, die sie als die *redemptive side of democracy* (errettende bzw. ausgleichende Seite der Demokratie)²⁵ bezeichnet (Canovan 1999: 8ff.). Ihrer Ansicht nach existiert in jeder modernen Demokratie das Wechselspiel zwischen einer pragmatischen, skeptischen Orientierungslinie, die sich auf Gesetze beruft, und einer empathischen, romantisierenden Orientierungslinie, die Glauben und Vertrauen in das politische Projekt der Demokratisierung schafft; letztere kann – je nach dem Gewicht der anderen Orientierungslinie – zwischen rationaler Utopie und Populismus schwanken.

²⁴ Meine Untersuchung der Veränderungen von politischer Kultur in der Unterschichtssiedlung Santo Domingo in Mexiko-Stadt zwischen 1998 und 2001 zeigte einerseits, wie die Funktionäre der neuen PRD-Regierung klientelistische Methoden nutzen um Anhänger/Innen zu werben, andererseits wurde aber deutlich, dass auch die Bevölkerung von den Parteifunktionären Hilfsprogramme einforderte (Schütze 2004).

²⁵ Der Begriff "redemptiv" stammt aus der religiösen Kultur: Es geht um die christlichen Erlösungs- bzw. Errettungsvorstellungen. Er passt auch in die Vorstellungswelt der *gestión* mit ihrer Funktion des Vermittelns. Auch diesbezüglich gibt es in der mexikanischen Kultur einen religiösen Hintergrund: z.B. der Kult der Jungfrau von Guadalupe als Vermittlerin zwischen der spanischen und der indigenen Kultur oder zwischen Gott und den Menschen.

Die Fortführung der klientelistischen Vorgehensweisen und der populistischen Verhandlungskultur in den PRD-regierten Gemeinden und Bundesstaaten erklärt sich auch dadurch, dass viele der PRD-Politiker vorher führende Ämter in der PRI-Hierarchie innehatten und somit in ihrer eigenen politisch-kulturellen Erziehung vom klientelistischen Politikstil der PRI stark beeinflusst waren. Zudem vertritt die PRD – wie zuvor die PRI – die politischen Ideale der Revolution (wie soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Fortschritt) und deren Orientierung auf die Forderungen der Unterschicht. Die Popularität des Kandidaten Cuauhtémoc Cárdenas lässt sich zumindest zum Teil auf die sozialpolitische Politik seines Vaters, des ehemaligen Präsidenten Lázaro Cárdenas (1934-1940), zurückführen. Für die arme Bevölkerung Mexikos wurde Lázaro Cárdenas aufgrund der weit reichenden Durchführung der in der Verfassung von 1917 verankerten Agrarreform zu einer Symbolfigur (Tamayo 1990: 130; Gilly 1989: 11-12). Aus diesem Grunde ist die PRD besonders in den wirtschaftlich marginalisierten ländlichen Regionen, aber auch in städtischen Unterschichtssiedlungen erfolgreich (Cornelius/Craig 1991: 79).

Der Neocardenismus ist im engeren Sinne keine Oppositionsbewegung zum postrevolutionären Staatsprojekt und dessen Verfassung von 1917. Die PRD wird vielmehr von vielen ihrer Unterstützer/Innen als Verteidigerin der Werte und Ziele angesehen, die früher die programmatische Ausrichtung der PRI bestimmt hatten. Die sozialrevolutionäre Richtung der PRI wurde in den achtziger Jahren von den so genannten Technobürokraten (*técno-burócratos*, *técnicos*) zurückgedrängt.²⁶ Die technobürokratische Strömung trieb die neoliberalen Reformen (Privatisierung, Deregulierung und Handelsliberalisierung) und den damit verbundenen Abbau des korporativ aufgebauten

²⁶ Wayne Cornelius und Ann Craig stellen dar, dass seit der Amtszeit von Präsident Echeverría, aber insbesondere während der Amtszeiten von De la Madrid und von Salinas de Gortari, in der Konkurrenz um ein hohes Amt im politischen System Mexikos Personen ausschieden, deren Karrieren hauptsächlich in den PRI-Organisationen (CTM, CNC, CNOP) aufgebaut worden waren. Sie verloren ihre Positionen zunehmend an die *técnicos*, deren Eintrittskarte in die nationale politische Elite vor allem ein im Ausland erworbener höherer Universitätsabschluss in Fächern wie Volks- und Betriebswirtschaft war. Typischerweise stammten die *técnicos* – so die Cornelius und Craig – aus Familien der Oberschicht und verbrachten ihre gesamte Karriere innerhalb der Regierungsbürokratie, insbesondere in den Finanz- und Planungsinstanzen. Die *técnicos* seien in der Machthierarchie viel schneller aufgestiegen als die durchschnittlichen traditionellen PRI-Politiker/Innen aufgrund der Stärke ihres Fachwissens in Bereichen, die für die Regierung wichtig waren (zum Beispiel im öffentlichen Finanzwesen) und aufgrund ihrer *camarilla*-Verbindungen (Cliques) (Cornelius/Craig 1991: 48-49).

Staatsapparates voran (Harvey 1993: 11ff.). Diese internen Entwicklungen in der Staatspartei PRI führte zum Austritt führender PRI-Funktionäre, die sich Ende der achtziger Jahre am Projekt der FDN und später der PRD beteiligten. Sie stießen auf die Zustimmung von breiten Teilen der aus der Unterschicht stammenden PRI-Basis, die mit der neoliberalen Kürzungspolitik der PRI-Regierungen nicht einverstanden waren und in dem Projekt der FDN eine Rückkehr zu den revolutionären Idealen des mexikanischen Staates oder auch dessen materiellen Wohltaten sahen.

Die politische Elite des Landes näherte sich in den neunziger Jahren jedoch – als Reaktion auf den unerwarteten Erfolg von Cárdenas bei den Wahlen 1988 – an die rechtskonservative PAN an. Im Gegensatz zur linken Oppositionspartei PRD unterstützte die PAN die neoliberale Wirtschaftspolitik der PRI-Regierungen. Der Neoliberalismus beinhaltete nämlich die Auflösung der Bindungen des Staates an die traditionellen Stützen des korporativen Staates (Bauern und Bäuerinnen, Mittel- und Kleinunternehmer/Innen, Arbeiter/Innen), um den Interessen der “neuen” Verbündeten entgegenzukommen (Großunternehmen, Finanzkapital und die USA), die der PAN nahe standen (Montalvo 1996). Da ein Wahlsieg der PRD auf nationaler Ebene in den Medien als unwahrscheinlich dargestellt wurde, führte die massive Kampagne von Vicente Fox dazu, dass viele Menschen im Jahr 2000 kurz entschlossen sein Bündnis *Alianza por el Cambio* wählten, um die PRI abzuwählen.

4. Politische Kultur(en) und Demokratisierung

Die Veränderungen von politischer Kultur, die sich im alltäglichen Denken und Handeln der sozialen Akteur/Innen äußern, sind keine geradlinigen und eindeutigen Prozesse. Obwohl es sich bei politischer Kultur um ein dynamisches Phänomen handelt, das ständigem Wandel unterliegt, ist die Postulierung einer ganz “neuen politischen Kultur” Mexikos seit Ende der achtziger Jahre voreilig. Zweifellos haben die politischen Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte – insbesondere die Öffnung des Wahlverfahrens – die politische Kultur verändert. Der Wandel politischer Kultur vollzieht sich jedoch nicht zeitgleich mit den institutionellen Transformationen.

Das vielfältige Aufkommen von sozialen Bewegungen und nicht-staatlichen Organisationen im ganzen Land seit Ende der sechziger Jahre bedeutete einen Bruch mit den autoritären Lenkungsweisen des PRI-Staates, d.h. der Vereinnahmung der Bevölkerung über klientelistische Beziehungen und über die Verhandlungskultur im Rahmen der korporativen Strukturen. Dem

mexikanischen Staat war es bis dahin gelungen, die Bevölkerung in das politische Organisations- und Gestaltungsprojekt des post-revolutionären mexikanischen Staates zu integrieren bzw. Proteste erfolgreich zu unterdrücken. Die sozialen Bewegungen schufen neue Formen der politischen Partizipation und stellten damit Öffentlichkeiten her.

In den siebziger Jahren gelang es der PRI-Regierung noch, den Forderungen der sozialen Bewegungen mittels flexibler Strategien teilweise zu begegnen: sei es durch Verhandlungen, Repression oder Kooptation. Die Einführung von neoliberalen Reformen führte in den achtziger Jahren dann zu einem tiefen Bruch der Verhandlungskultur der Regierungspartei PRI. Teil der klientelistischen Verhandlungskultur war die Gegenseitigkeit der klientelistischen Beziehungen gewesen. Sie basierte auf einer Allianz: Der Staat machte einige soziale und ökonomische Zugeständnisse und erhielt als Gegenleistung die politische Unterstützung der Bevölkerung. Das Vertrauen in die klientelistischen Strukturen wurde durch persönliche wechselseitige Beziehungen der Patrone und der Klientel auf lokaler Ebene hergestellt und forciert (Roniger 2003: 11).

Diesen Bruch der Verhandlungskultur konnte die PRI-Regierung auch durch symbolische Zugeständnisse – wie zum Beispiel im Rahmen von PRONASOL – nicht mehr rückgängig machen. Die neoliberale Wende der PRI-Regierungspolitik und die damit verbundene Abkehr der Partei von ihrer durchaus nachdrücklichen, wenn auch theatralisch inszenierten sozialpolitischen Orientierung auf die Forderungen der Unterschicht bedeuteten für die PRI den Verlust breiter Teile ihrer lokalen Basis. Sie verhalf damit indirekt dem von ihr bekämpften, aber aus ihrer eigenen sozialrevolutionären Tradition abstammenden Neocardenismus (der sich in der neuen Partei der PRD organisierte) Ende der achtziger Jahre zum Erfolg. Die PRD verband die Möglichkeit der Orientierung auf die revolutionären Ideale der „alten PRI“ (wie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit) mit der Hoffnung auf die Demokratisierung der politischen Strukturen des mexikanischen Staatssystems.

Der Sieg des Wahlbündnisses PAN/PVEM bei den Präsidentschaftswahlen 2000 kann mit der aufwendigen Wahlkampagne des Kandidaten Fox und mit der politischen Verunsicherung breiter Teile der Bevölkerung nicht allein erklärt werden. Für die große Mehrzahl der Wähler/Innen besaß der Regierungswechsel (*cambio*) die Priorität in ihrem Stimmverhalten. Da ein Wahlsieg der PRD auf nationaler Ebene in Meinungsumfragen als unwahrscheinlich dargestellt wurde, schien die Wahl der PAN die einzige Möglich-

keit, das alte Regime abzulösen (*voto útil*). Der Regierungsantritt von Präsident Vicente Fox bedeutete einen klaren Bruch mit der populistischen Verhandlungskultur der vorherigen PRI-Regierungen. Durch die Eingliederung in die korporativen Strukturen und die Verhandlungskultur hatte das PRI-Regime der Bevölkerung Zugänge zu staatlichen Ressourcen und sozialen Dienstleistungen geboten; auch wenn diese nicht demokratisch geregelt waren, d.h. die Individuen ihre Rechte als Staatsbürger/Innen nicht einklagen konnten. Die Regierung Fox schuf bisher keinen Ersatz für die korporativen Strukturen, der den unteren Schichten einen alternativen Zugang zu staatlichen Ressourcen anbieten könnte.

Die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über die Regierungen der ehemaligen Opposition in Mexiko verdeutlichen, dass die Einführung von freien Wahlen und Parteienpluralismus nicht automatisch zum Entstehen einer neuen politischen Kultur führt. Sie zeichnen ein heterogenes Bild der politischen Situation. Einige Studien lassen demokratische Fortschritte erkennen; sie betonen die Öffnung der politischen Verhandlungskanäle und die neue politische Partizipation der Bevölkerung. Die oppositionellen Regierungen hätten sich im Kampf gegen die Korruption, den Klientelismus und die schlecht geführten Verwaltungen bewährt. Andere Untersuchungen zeigen die Probleme der politischen Öffnung und der Parteienpluralismus auf: die Streitigkeiten zwischen den Parteien, die Richtungskämpfe der Parteien und deren interne Spaltung in Fraktionen.

In Anbetracht der gerade umrissenen Veränderungen der politischen Kultur stellt sich die Frage, warum die lokalen sozialen Akteur/Innen doch wieder auf klientelistische Beziehungen zurückgriffen. Die Beständigkeit klientelistischer Beziehungen in Zeiten des politischen Wandels verweist auf den mehrschichtigen Charakter des Klientelismus (Fox 1994; Roniger 2003). Auf der einen Seite steht der Klientelismus als ausgebaute Abhängigkeitsstruktur im korporatistischen Staat, der zu einem Manipulationsinstrument der Regierung und ihrer Funktionäre gegenüber der Bevölkerung wird. Auf der anderen Seite kann der Klientelismus als Hilffssystem in Zeiten des Wandels von institutionellen Ordnungsstrukturen dienen; wenn das Einzige, auf das Verlass ist, die persönliche Beziehung zwischen Klient und Patron ist.

Die negativen Seiten des mexikanischen Korporativismus und der klientelistischen Verhandlungskultur waren die Abwesenheit des politischen Pluralismus im Sinne eines funktionierenden Mehrparteiensystems und die Inkorporation einer jeden sozialen Einheit und sozialen Aktivität in den von oben bestimmten Staatsaufbau mit seiner bestimmenden Ideologie. Es exis-

tierte jedoch auch eine "fürsorgliche" Seite des Korporativismus, die mit der neoliberalen Politikwende der PRI verloren ging. Der postrevolutionäre mexikanische Staat förderte durchaus eine partizipative politische Kultur (entgegen der Untersuchungsergebnisse von Almond/Verba), auch wenn die Partizipation auf die korporatistischen Rahmenstrukturen der Staatspartei PRI begrenzt war. Ziel des mexikanischen Korporativismus war die Partizipation aller am Aufbau des Staatssystems: Jeder sollte von der Lokalität seiner Existenz oder seiner Arbeit her berücksichtigt werden. Die korporativen Partizipationsstrukturen ermöglichten zudem eine Zugänglichkeit der Informations- und Einflusskanäle von unten nach oben. Das Aufkommen von sozialen Bewegungen im ganzen Land zeigt jedoch, dass dieses System schon seit den siebziger Jahren gravierende Probleme aufwies, d.h. dass es nur noch teilweise in der Lage war, die aus sozialen Bewegungen hervorgegangenen Akteur/Innen in seine korporativen Strukturen zu integrieren. In den Zeiten der neoliberalen Abkehr von der sozialpolitischen Orientierung der PRI profitierte der Neocardenismus vom Einbezug der korporatistischen Ideen; wie z.B. die symbolischen Inszenierungen und die Vermittlungsbeziehungen.

Die Fortführung klientelistischer Praktiken auf lokaler Ebene weist darauf hin, dass die Bevölkerung noch kein ausreichendes Vertrauen in die Ordnungsmacht der institutionellen Neuerungen aufgebaut hat und weiterhin auf die persönlichen Klientelbeziehungen angewiesen ist, um ihre alltäglichen existentiellen Bedürfnisse abzusichern (Canovan 1999: 4ff.). Die Vermittlungsarbeit *gestión* stellt auch in den PRD-regierten Gemeinden und Städten einen wichtigen Bestandteil der politischen Aktivitäten auf lokaler Ebene dar (Schütze 2004). Die *gestión* dient dabei als Kultur der Vermittlung zwischen den Sphären der Patrone und Klienten. Als Interaktionsgrundlage zwischen den verschiedenen Ebenen der Sozialstruktur kann die *gestión* in komplexen Gesellschaften durchaus produktiv wirken. Die Vermittlertypen können sich von Gewerkschaftsverhandler/Innen, über Akteur/Innen in NGO's, über Berater/Innen für Amtsverhandlungen bis zu lokalen Stadtteil-Führer/Innen erstrecken.

Die Ergebnisse der Untersuchungen über die Regierungen der ehemaligen Opposition zeigen, dass unterschiedliche politische Kulturen nebeneinander existieren können und sich durchaus auch zum Teil vermischen. Einige gehen vom Fortbestehen einer politischen Kultur aus, die auf der vom Gefolgschaftsgedanken geprägten klientelistischen Loyalitätsbeziehung basiert. Andere lassen demgegenüber die Anfänge einer neuen demokratischen

Organisationskultur vermuten. Die Widersprüchlichkeit des Nebeneinanders und der Vermischung unterschiedlicher politischer Kulturen sind charakteristisch für den gegenwärtigen mexikanischen Demokratisierungsprozess. Wenn auch nicht von einer "neuen politischen Kultur" Mexikos durch die sozialen Bewegungen der städtischen Unterschichten in den letzten Jahrzehnten und die Umgestaltung der mexikanischen Politik auf allen Ebenen durch alte und neue Oppositionsparteien gesprochen werden kann, so drückt die Vielfalt der politischen Orientierungen auf lokaler Ebene in der derzeitigen Situation durchaus ein Innovationspotential aus.

Literaturverzeichnis

- Adler de Lomnitz, Larissa/Lomnitz, Claudio/Adler, Ilya (1990): "El fondo de la forma: la campaña presidencial del PRI en México en 1988". In : *Nueva Antropología* Nr. 38, S. 45-82.
- Aguilar Camín, Héctor (1986): "El descenso del milagro: el sistema político mexicano 1940-1984". In: *Primer simposio sobre historia contemporánea de México 1940-1984. Inventario sobre el pasado reciente*. México D.F., S. 11-25.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton.
- Alonso, Jorge (Hrsg.) (1994): *Cultura política y educación cívica*. México D.F.
- Álvarez Enríquez, Lucía (Hrsg.) (1997): *Participación y democracia en la Ciudad de México*. México D.F.
- Avritzer, Leonardo (2002): *Democracy and the public space in Latin America*. Princeton.
- Bassols Ricárdez, Mario (1995): "Para entender a Saltillo: la gestión panista de Rosendo Villareal (1991-1993)". In: Ziccardi, Alicia (Hrsg.): *La tarea de gobernar: gobiernos locales y demandas ciudadanas*. México D.F., S. 39-80.
- Blancarte, Roberto (1992): *Historia de la iglesia católica en México*. México D.F.
- Bonfil Batalla, Guillermo (1987): *México profundo. Una civilización negada*. México D.F.
- Braig Marianne (1997): "Continuity and change in Mexican political culture. The case of PRONASOL (Programa Nacional de Solidaridad)". In: Panster, Will G. (Hrsg.): *Citizens of the pyramid. Essays on Mexican political culture*. Amsterdam, S. 247-278.
- (1999): *Sehnsucht nach Legitimation. Zum Wandel populistischer Politik in Mexiko* (Habilitationsschrift, Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin). Berlin.
- (2001): "Mexiko". In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation* (Dokumentation der internationalen Recherche, Bd. 2). Gütersloh, S. 139-163.
- Calva, José Luis (1993): *La disputa por la tierra. La reforma del artículo 27 y la nueva ley agraria*. México D.F.
- Canovan, Margaret (1999): "Trust the people! Populism and the two faces of democracy". In: *Political Studies* Nr. 47., S. 2-16.

- Cornelius, Wayne A./Craig, Ann (1991): *The Mexican political system in transition* (Monograph Series, Center for U.S.-Mexican Studies, University of California, Nr. 35). San Diego.
- Cornelius, Wayne A./Craig, Ann/Fox, Jonathan (1994): *Transforming state-society relations in Mexico. The national solidarity strategy*. San Diego.
- Costa, Sérgio (1997): *Dimensionen der Demokratisierung. Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und Partizipation in Brasilien* (Berliner Lateinamerika-Forschungen, Bd. 6). Frankfurt/Main.
- Crespo, José Antonio (1996): "Comportamiento electoral: Cultura política y racionalidad en los comicios de 1994". In: *Nueva Antropología* Nr. 50, S. 23-48.
- Dagnino, Evelina (1998): "Culture, citizenship and democracy: Changing discourses and practices of the Latin American left". In: Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo: *Cultures of politics and politics of culture. Re-visioning Latin American social movements*. Boulder/Oxford, S. 33-63.
- De Barbieri, Teresita (2002): *Relaciones de género en el trabajo parlamentario*. México D.F.
- De la Peña, Guillermo (1990): "La cultura política entre los sectores populares de Guadalajara". In: *Nueva Antropología* Nr. 38, S. 83-107.
- Dietz, Gunther (1996): "Indianische Bewegungen und Zapatismo im ländlichen Mexiko: Vom Assistentialismus zur Regionalautonomie". In: *Lateinamerika Analysen* Nr. 25, S. 67-88.
- Fox, Jonathan (1994): "The difficult transition from clientelism to citizenship: lessons from Mexico". In: *World Politics* Nr. 2, S. 151-184.
- Gilly, Adolfo (Hrsg.) (1989): *Cartas a Cuauhtémoc Cárdenas*. México D.F.
- Gledhill, John (1994): *Power and its disguises. Anthropological perspectives on politics*. London/Boulder.
- Gómez Tagle, Silvia (1997): *La transición inconclusa. Treinta años de elecciones en México*. México D.F.
- Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte*, Bd. 7 (hrsg. von Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang Fritz/Jehle, Peter). Berlin/Hamburg.
- Harvey, Neil (Hrsg.) (1993): *Mexico. Dilemmas of transition*. London/New York.
- Kaufmann Purcell, Susan (1973): "Decision-making in an authoritarian regime: Theoretical implications from a Mexican case study". In: *World Politics* Nr. 26, S. 28-54.
- Knight, Alan (1990): "Historical continuities in social movements". In: Foweraker, Joe/Craig, Ann (Hrsg.): *Popular movements and political change in Mexico*. Boulder/London, S. 78-104.
- Krotz, Esteban (1990): "Antropología, elecciones y cultura política". In: *Nueva Antropología* Nr. 38, S. 9-19.
- Krotz, Esteban (Hrsg.) (1996): *El estudio de la cultura política en México*. CIESAS, México D.F.
- Lomnitz, Claudio (1992): *Exits from the labyrinth. Culture and ideology in the Mexican national space*. Los Angeles/Oxford.
- (2001): *Deep Mexico. Silent Mexico. An anthropology of nationalism*. Minneapolis/London.
- Montalvo, Enrique (1996): *México. En una transición conservadora. El caso de Yucatán*. México D.F.

- Nieto, Raúl (1994): "Cultura política y clase obrera". In: Alonso, Jorge (Hrsg.): *Cultura política y educación cívica*. México D.F., S. 197-222.
- Olvera Rivera, Alberto J. (Hrsg.) (1999): *La sociedad civil. De la teoría a la realidad*. México D.F.
- Padilla Delgado, Héctor (1995): "Ciudad Juárez: Administración pública y conflicto político en la experiencia de un gobierno panista". In: Ziccardi, Alicia (Hrsg.): *La tarea de gobernar: gobiernos locales y demandas ciudadanas*. México D.F., S. 129-166.
- Paz, Octavio (1950): *El laberinto de la soledad*. México D.F.
- Ramírez Sevilla, Luis (1997): *Dibujo de sol con nubes: una aproximación a los límites y posibilidades del PRD en un municipio michoacano*. Zamora.
- Rivera Sánchez, Liliana (1998): *Entre redes y actores. Dinámica sociopolítica en Xico*. Xalapa.
- Rodríguez, Victoria E. (Hrsg.) (1998): *Women's participation in Mexican political life*. Boulder.
- Rodríguez, Victoria E./Ward, Peter (1994): *Political change in Baja California. Democracy in the making?* (Monograph Series, Center for U.S.-Mexican Studies, University of California, Nr. 40). San Diego.
- Roniger, Luis (2003): "Political clientelism, democracy and market economy" (unveröffentlichter Vortrag beim Internationalen Kolloquium: ¿Lo público como arena de la transformación social, cultural y política? Freie Universität Berlin). Berlin.
- Rott, Renate (1979): *Industrialisierung und Arbeitsmarkt. Aspekte der sozioökonomischen Entwicklung, der Arbeits- und Gewerkschaftspolitik in Kolumbien und Mexiko*. Königstein.
- Salazar C., Luis (Hrsg.) (2001): *México 2000. Alternancia y transición a la democracia*. México D.F.
- Schatz, Sara (2000): *Elites, masses, and the struggle for democracy in Mexico. A culturalist approach*. Westport.
- Schütze, Stephanie (2004): *Die andere Seite der Demokratisierung. Die Veränderungen politischer Kultur aus der Perspektive der sozialen Bewegung der Siedlerinnen von Santo Domingo, Mexiko-Stadt* (Dissertation, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin). Berlin.
- SEDESOL (*Secretaría de Desarrollo Social*) (1993): *Los Comités de Solidaridad. Organización Social*. México D.F.
- Semo, Ilán (Hrsg.) (1993): *La transición interrumpida. México 1968-1988*. México D.F.
- Tamayo, Jaime (1990): "Neoliberalismo encounters neocardenismo". In: Foweraker, Joe/Craig, Ann: *Popular movements and political change in Mexico*. Boulder/London, S. 121-136.
- Tejera Gaona, Héctor (Hrsg.) (1996): *Antropología política. Enfoques contemporáneos*. México D.F., S. 37-54.
- Tobler, Hans Werner (1984): *Die Mexikanische Revolution. Gesellschaftlicher Wandel und politischer Umbruch 1887-1940*. Frankfurt/Main.
- Turner, Victor (1974): *Dramas, fields and metaphors. Symbolic action in human society*. Ithaca/London.

- Valencia García, Guadalupe (1995): "La administración panista del municipio de León, Guanajuato (1989-1991)". In: Ziccardi, Alicia (Hrsg.): *La tarea de gobernar: gobiernos locales y demandas ciudadanas*. México D.F., S. 81-128.
- Van Gennep, Arnold (1969): *Rites of Passage*. New York.
- Varela, Roberto (1996): "Los estudios recientes sobre cultura política en la antropología mexicana". In: Krotz, Esteban (Hrsg.): *El estudio de la cultura política en México*. México D.F., S. 73-142.
- Vasconcelos, José (1925): *La raza cósmica*. México D.F.
- Ward, Peter M. (1995): "Policy making and policy implementation among non-PRI governments. The PAN in Ciudad Juárez and in Chihuahua". In: Rodríguez, Victoria E./Ward, Peter: *Opposition government in Mexico*. Albuquerque, S. 135-151.
- Woldenberg, José/Aguirre, Pedro/Begné, Alberto (1997): *Sistemas políticos, partidos y elecciones. Estudios comparados*. México D.F.